



Wahlprüfsteine Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe DBfK Südost e. V. – Antworten der ÖDP Bayern

Um dem Pflegepersonalmangel entgegenzuwirken, müssen die Rahmenbedingungen wie Personalschlüssel und Work-Life-Balance verbessert werden. Dazu gehört auch ein Bruttoeinstiegsgrundgehalt von mindestens 4.000 €.

Zustimmung: Der Personalschlüssel muss verbindlich umgesetzt werden. Entsprechende Konzepte sind anzuwenden, um eine Work-Life-Balance zu ermöglichen. Wir treten für eine Mindestvergütung nach den geltenden Tarifen ein. Wir werden uns für die Kliniken und Pflegeeinrichtungen für einen finanziellen Ausgleich der Tarifsteigerungen einsetzen. Für die familiäre Care-Arbeit fordern wir ebenfalls eine entsprechende Vergütung. Ohne die Pflege durch Familienangehörige würde unser stationäres Pflegesystem zusammenbrechen.

Das Personalbemessungsinstrument PPR 2.0 und das Personalbemessungsverfahren in der Langzeitpflege (PeBeM) müssen zügig eingeführt werden. Die ermittelten Personalbedarfe müssen verbindlich eingehalten werden, damit die Entlastung des Pflegepersonals und die Pflegequalität sichergestellt sind.

Zustimmung: Für eine entsprechende Personalausstattung brauchen wir gute und zielführende Personalbemessungsinstrumente, die verbindlich eingesetzt und überprüft werden. Wir fordern, die Heimaufsicht in die Zuständigkeit des Bezirks zu geben. Bei den Prüfungen muss das Wohlbefinden der Bewohner im Vordergrund stehen und nicht die formale Korrektheit der Dokumentation.

Kostenfreie, berufsbegleitende Studien- und Weiterbildungsangebote sollen ausgebaut werden, um die dringend benötigten Pflegepädagog:innen zu gewinnen. Für moderne Ausbildungsstätten werden Mittel für Medienpädagogik, Simulationslehre und zum digitalen Kompetenzaufbau zur Verfügung gestellt.

Zustimmung: Wir brauchen in Bayern mehr Pflegepädagogen. Die Pflegeausbildung muss in den Schulen mehr und ansprechend beworben werden. Das Kultusministerium muss die entsprechenden Mittel bereitstellen. Die Schulen sind mit entsprechender Ausstattung durch den Freistaat Bayern auszustatten. Die Pflegeausbildung muss junge Menschen begeistern.

Mit der Vergütung der Praxiseinsätze und der Finanzierung von Praxisanleitung wird die akademische Pflegeausbildung gestärkt. Pflegewissenschaftliche Lehrstühle an Hochschulen und Universitäten sollen ausgebaut, die Pflegeforschung gefördert und der akademische Nachwuchs qualifiziert werden.

Zustimmung: Die akademische Pflegeausbildung ist sehr wichtig. Während der Praxiseinsätze werden die Studenten vergütet. Die Einsatzstellen bekommen die Vergütung wieder über das Pflegebudget oder eine andere Maßnahme erstattet. Mindestens genauso wichtig ist für uns eine Ausweitung der Pflegeforschung. Bayern muss ein Forschungsland bleiben – in der Pflege besteht hier noch großer Nachholbedarf, den es zeitnah zu schließen gilt. Für uns als ÖDP ist eine entsprechende Vergütung der akademisierten Pflegekräfte nach dem Studium wichtig. Auch hier muss die Refinanzierung dieser Mehrkosten für die Arbeitgeber endlich geregelt werden.

Zur Sicherung der Gesundheitsversorgung müssen Aufgaben umverteilt werden. Dafür sind in der Primärversorgung und in den Einrichtungen akademisch ausgebildete Pflegefachpersonen wie Community Health Nurses und Advanced Practice Nurses notwendig. Diese Rollen sollen etabliert werden.

Enthaltung: Wir sind für mehr akademisch ausgebildete Pflegefachpersonen. Hier müssen aus unserer Sicht das Aufgabengebiet, die Einsatzmöglichkeit und auch die Vergütung definiert und etabliert werden. Die Ausbildung in Pflegeberufen soll gestärkt und attraktiver gestaltet werden. Nur mit genügend Pflegekräften funktioniert ein Krankenhaus zufriedenstellend. An möglichst vielen Krankenhäusern sollen Pflegeschulen gegründet werden, um den Nachwuchs für diesen Berufszweig zu begeistern und gut auszubilden. Die Berufsbilder Hebamme, Operationstechnische/r Assistent/in (OTA), Anästhesietechnische/r Assistent/in (ATA), Physiotherapeut/in, Ergotherapeut/in und Logopäde/in sind zur Versorgung von kranken Menschen unbedingt nötig und dürfen nicht aus dem Pflegebudget gestrichen werden. Das Pflegepersonal kann diese Aufgaben nicht übernehmen.

Damit professionell Pflegende ihre Kompetenzen für die Gesundheit der Bürger:innen einsetzen können, müssen ihre Vorbehaltsaufgaben ausgeweitet werden. Außerdem soll eine Übertragung heilkundlicher Aufgaben sowie eine Verordnungserlaubnis für Pflegehilfsmittel nebst Vergütung erfolgen.

Zustimmung: Die Ausweitung der Vorbehaltsaufgaben sowie die Übertragung heilkundlicher Aufgaben unterstützen wir. Da dem ein Bundesgesetz zugrunde liegt, können wir keinen direkten Einfluss darauf ausüben, würden uns aber im Bund dafür einbringen. Uns ist wichtig, dass sich höhere Verantwortung auch in den entsprechenden Tarifen abbilden lässt.

Als Anerkennung ihrer Leistungen erhalten Pflegefachpersonen nach zehnjähriger Berufstätigkeit einen Gratifikationschein für Pflegeberufe, wie vom DBfK konzipiert, der zusätzliche Urlaubstage und Rentenpunkte sowie einen früheren Renteneintritt ohne Abzüge beinhaltet.

Enthaltung: Wir sind für ein familiengerechtes Rentensystem. Erziehungs- und familiäre Care-Arbeit müssen sich auf das Rentensystem auswirken. Wir fordern ein familiengerechtes Rentensystem, bei dem eine Grundrente für alle aus Steuern auf jedes Einkommen – auch auf leistungslose Erträge – finanziert wird. Die Erziehungsleistung der Eltern muss als Rentenbeitrag honoriert werden! Der Eintritt in das Rentenalter muss flexibel gestaltbar sein.

Die Profession Pflege braucht mehr Selbstbestimmung und Mitbestimmungsrechte im Rahmen der beruflichen Selbstverwaltung. Da dies über die bestehenden Strukturen nicht erreicht wurde, ist eine Pflegeberufekammer notwendig.

Zustimmung: Pflegefachkräfte sind die zahlenmäßig größte Berufsgruppe im Gesundheitssystem. Wie viele Pflegefachkräfte in Bayern und im Bund beruflich aktiv sind, weiß heute niemand ganz genau. Es ist nicht zu akzeptieren, dass sie bis heute noch keine einheitliche Berufsvertretung haben. Die ÖDP setzt sich für die Einführung einer bayerischen Pflegekammer mit Beitrittspflicht aller Pflegefachkräfte ein. Zusätzlich fordert die ÖDP eine Anhebung der Personalbemessungsgrenze in der ambulanten und stationären Versorgung sowie eine bessere Bezahlung der Pflegefachkräfte. Die Verordnungshoheit von Pflegehilfsmitteln und Verbandstoffen sollte Pflegefachkräften mit der nötigen Zusatzqualifikation übertragen werden.